Zeitschrift: Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse = Gazetta militare svizzera

Band: 79=99 (1933)

Heft: 2

Artikel: Die Armee vor dem Parlament

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-11674

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Manche werden allerdings erschrecken beim Gedanken, dass eine Ordnung dieser Dinge im Sinne der Neutralität uns den Sitz des Völkerbundes überhaupt kosten könnte. Der Fall ist denkbar; wir hätten dann eben nur die Wahl zwischen Völkerbundssitz und Neutralität. Sie sollte uns nicht schwer fallen. Warum sollten wir Schweizer die grösseren Friedensaussichten, die der Völkerbund den Völkern verspricht, mit grösserer Kriegsgefahr für uns selber bezahlen?

Fest steht wohl, dass eine Regelung, wie Sie sagen, nicht erst bei einem Aufgebot zum Aktivdienst gesucht werden darf. Wenn einmal die Kriegsmentalitäten entfesselt sind, würden wir schon Mühe haben, unter uns Eidgenossen zu einer einheitlichen und vernünftigen Haltung zu kommen. Dazu können Sie sich dann noch die Treibereien jener fremden Herrschaften in Genf denken, deren erste Miniaturleistung uns schon in Harnisch gebracht hat.

Die Unterhandlungen wegen der Funkstation hätten vor 3½ Jahren eine Gelegenheit geboten, eine für uns annehmbare Ordnung dieser Verhältnisse zu verlangen. Ob man sie nicht erkannt hat oder ob man sie nicht zu benützen wagte, kann ich nicht wissen.

Aber sicher darf eine zweite Gelegenheit, wenn sie aus den Folgen der Abrüstungskonferenz heraus sich bietet, nicht wieder versäumt werden. Wir stehen sonst im Fall eines Völkerbundskrieges nur vor der Wahl, entweder unsere Genfer Eidgenossen zu verraten, indem wir Genf als nicht zur neutralen Schweiz gehörend erklären und damit ein für alle Mal aus dem Schweizerbund ausschliessen, oder aber für unser ganzes Land die Neutralität preiszugeben.

Sie wollen sicher keines von beiden, Herr Leutnant. Ich auch nicht, *aber auch unser ganzes Volk nicht. Es wird, einmal aufgeklärt, mit Wucht verlangen, dass hier aufgeräumt wird.*

Ich beglückwünsche Sie dazu, Herr Leutnant, dass Sie diesen schweren Stein ins Rollen gebracht haben.

Die Armee vor dem Parlament.

I.

-gg-. Einmal mindestens während des Jahres wird die Front unserer Landesverteidigung politisch abgetastet und unter das Kreuzfeuer der gegensätzlichen Leidenschaften genommen. Wenn sich sonst keine Gelegenheit bietet, so bringt die alljährliche Beratung des eidgenössischen Militärbudgets den willkommenen

Anlass zu einer ausgiebigen Militärdebatte. Im vergangenen Dezember hatte man zwei, denn zum Voranschlag kam die bundesrätliche Vorlage über die teilweise Umgestaltung der Militärorganisation. In einem weitern Sinne kann man gar von vier Armeedisputen sprechen, denn die Besprechung der Genfer Unruhen und die Subventionierung des «Satus» streifen auch das Wehrwesen. Trotz dieses ergiebigen Stoffes hat sich eine in Parlament, Presse und Volk wachgewesene Erwartung nicht erfüllt, dass der Militärdebatte von 1932 eine aussergewöhnliche Bedeutung zukomme, gewissermassen als Richtschnur für die künftige militärpolitische Haltung der Behörden und des Landes. Um neue Lichter aufzustecken, andere Wege zu weisen, braucht es mehr als das blosse tiefere Ausfahren altgewohnter Geleise, wie dies in der Dezembersession in Bern der Fall war. An geistiger Zielgebung fehlte es vollkommen, sodass die Disputation der Geschichte überantwortet werden kann, ganz wie die vielen andern früherer Jahre. Die Debatte lief ohne viel innere Erwärmung ab und die erwartete Wirkung auf die Oeffentlichkeit unterblieb. Noch der eröffnende Sprecher der nationalrätlichen Finanzkommission, *Ab Yberg,* welcher sein Votum mit den Worten einleitete: «Mit wesentlich grösserer Spannung als andere Jahre haben weite Volksschichten dem Voranschlag für die Militärausgaben entgegengesehen», glaubte an leidenschaftliche Erörterungen. Er hat sich getäuscht, wohl auch bezüglich der Ausstrahlung auf die Volksseele. In der Hauptsache wurden alte Binsenwahrheiten und von gegnerischer Seite haltlose Theorien neu aufgewärmt. Insbesondere unterblieb die aus gewissen bürgerlichen Kreisen erwartete Opposition, die sich in die Form starker Sparforderungen gekleidet hätte, ganz. Der Genfer Aufruhr hatte seine Wirkung getan und sorgte für eine bürgerliche «Einheitsfront» als Demonstration gegen die revolutionären Parteien. Damit ist nicht gesagt, dass diese Einheit auch «materiell» vorhanden ist. Es gibt auch in den bürgerlichen Fraktionen eine Anzahl Leute, die sparen wollen um jeden Preis, weil der Wind heute in dieser Richtung weht, von unüberlegten Gefühlen angefacht. Parlamentarier sollten zwar bessere Einsicht haben und führen, aufklären, unbegründeten Modeströmungen entgegentreten. Aber es ist bequemer und macht populärer, wenn man sich nach dem Winde richtet. Dieser Opportunismus, der diesmal in einem Aufflackern nationaler Empörung erstickte, wird später wieder sein Haupt erheben, wie es auch schon der Fall war.

Trotz dieser Einschränkungen kommt der Militärdebatte 1932 doch in mancherlei Hinsicht Bedeutung zu, sodass wir darauf eintreten.

Der schon erwähnte Sprecher der Mehrheit der Finanzkommission verwies in seinen das Budget befürwortenden Darlegungen auf die trostlose internationale Lage, den steigenden Chauvinismus, die wachsenden Rüstungen, die tiefer fressenden wirtschaftspolitischen Abschnürungsmassnahmen, welche auch die politische Atmosphäre vergiften. Er folgerte, dass es unverantwortlich wäre seitens der Schweiz, einseitig den Wehrapparat abzubauen, dass man auf den Völkerbund nicht bauen dürfe, auch nicht auf einen Erfolg der Abrüstungskonferenz. Das beste sei, auf die tüchtige Armee abzustellen, als dem sichersten Hort der staatlichen Sicherheit und Unabhängigkeit. Er lehnte die These der Antimilitaristen ab, wonach ein Kleinstaat infolge technischer Unzulänglichkeit sich in einem künftigen Kriege weder verteidigen noch halten könnte. Er brandmarkte dies als blosses Propagandamittel, um in den armeetreuen Kreisen Missmut und Defaitismus zu pflanzen. Die «bürgerlich gesinnten» Mitglieder der Finanzkommission seien daher einhellig für die Gewährung der nötigen Geldopfer. Diese Ausdrucksweise ist typisch für bürgerliche Kreise, die sich offenbar damit abgefunden haben, dass alle nichtbürgerlichen Elemente antimilitaristisch sein müssten, weil ihre Führer es sind. Das stimmt nicht und es scheint uns politisch unrichtig zu sein, die Armee in der Ausdrucksweise als ausschliesslich bürgerliche Domäne zu umgrenzen, dem vernünftigen sozialistischen Arbeiter so quasi den Antimilitarismus aufzudrängen, als gehöre er nicht zum Volksheer. Man dürfte ganz gut sagen, dass die Mehrheit der Finanzkommission in Uebereinstimmung mit der erdrückenden Mehrheit im Volke zum Militärvoranschlag stehe. Nationalrat Ab Yberg anerkannte dann ausdrücklich, dass die Militärausgaben auf das Mindestmass reduziert seien. Er zählte die Sparmassnahmen auf: Keine Kurse für Patrouillenführer bei der Infanterie, Wegfall der taktischen Kurse bei der Artillerie und der Kavallerie, für die leitenden Sanitätsoffiziere, für die Offiziere der rückwärtigen Sanitätsstaffeln, der Einführungskurse für die Offiziere des Motorwagendienstes, der Skikurse bei den Feldbrigaden, Herabsetzung des Beitrages an das Schiesswesen unter Reduktion der Uebungen von 5 auf 4, Teilreform der Militärorganisation, Dispens der höhern Unteroffiziere von den Landwehrwiederholungskursen, Beschränkung des Inspektionswesens, Abschaffung der Rationspferde. Man nahm das alles unbesehen hin und es wurde nur beim Schiesswesen die Hoffnung ausgesprochen, die Reduktion des Programmes möge die Schiesstüchtigkeit nicht benachteiligen. Zum Schluss wurde erklärt, der Bundesrat wolle die Wehrhaftigkeit der Armee unter allen Umständen und für alle ihr zugewiesenen Aufgaben erhalten. Die Landesregierung dürfe

für diese vaterländische Haltung des Dankes der grossen Mehrheit des Schweizervolkes versichert sein.

Nach diesem einleitenden Referat kam sofort die *antimilitaristische Opposition* zum Wort und riss die Führung an sich, wie es fast immer der Fall ist. Hier sind *taktische neue Nüancierungen* festzustellen. Diese lassen sich einmal in der stärkern Betonung des Prinzips der allmählichen Unterminierung des Wehrwillens finden, das vor einiger Zeit eingeführt wurde, als man einsah, dass die geistige Umkrempelung auf den grundsätzlichen Antimilitarismus an der Haltung der Massen abprallte. Die dosierte Unterwühlung wird auf verschiedenen Wegen gesucht unter Anpassung an die jeweilen herumschwirrenden Schlagwörter. Ein solches ist der *Ruf nach Abbau der Militärausgaben* angesichts der Krisenlage und deren Folgen für die öffentlichen Finanzen. Man glaubte ferner. es sei zügig, sich für Einsparungen beim Militär einzusetzen, um die frei werdenden Gelder für die Arbeitslosen aufzuwenden. Ein schöner Gedanke in einem mit sozialem Oel gesalbten Zeitalter. Die rote Strategie weiss die vorhandenen Gegebenheiten immer gut auszunützen. So kamen denn die *Sparpostulate Schneider, Graber, Surbeck und Kägi.*

Der erste kleidete sein Begehren in folgenden Lammspelz: «Das Militärbudget ist bis auf den Betrag zu streichen, der nötig ist, um die für den Militärbedarf arbeitenden Betriebe auf die Herstellung nützlicher Gegenstände umzustellen.» Man entlässt also keine Arbeiter, sehr schön. Was für nützliche Gegenstände der Staat herstellen sollte und wie sie absetzen, um so etwas kümmert sich ein sozialistischer Planwirtschafter nicht. Es ist bezeichnend, dass es in allem und jedem bei der Negation, bestenfalls bei der Forderung bleibt, ohne den praktischen Weg der Durchführung zu öffnen. Das Postulat ist natürlich *die vollkommene Abrüstung,* wie jeder halbwegs Normale herausfindet. Aber man spekuliert links immer auf die Dummheit und denkt, das Volk merkt es vielleicht nicht. Der Redner behandelte denn seine Forderung gar nicht weiter, sie war ihm nur Vorwand gewesen, um das Wort zu erlangen.

Er behauptete dann, immerhin nur lau, dass das Volk, wenn es heute abstimmen könnte, nicht mehr die Haltung von 1907 einnähme.

Immer und immer wieder wird die Verschwendungssucht des Militärdepartements, bezw. der dort «regierenden Obersten» herausgestrichen nach dem Prinzip, die Offiziere als volksfremde Kaste anzuprangern, welche die Massen verhöhnt und ausbeutet. Das wagt man angesichts der Tatsache, dass das Departement selbst die Ausgaben, die ursprünglich auf 100 Millionen

berechnet waren, auf ungefähr 91 herunterdrückte. Kein einziges anderes Departement hat sich im Sparen nur halbwegs so sehr angestrengt.

Natürlich kam die These von der Unmöglichkeit der Verteidigung unseres kleinen Landes. Schneider behauptete, dass, wenn wir uns in gleichem Masse wie Frankreich vorbereiten wollten, wir 800 Millionen ausgeben müssten, also fast zehnmal mehr als wir auslegen. Damit hat er unfreiwillig eingestanden, dass wir nur das Allerminimalste vorkehren und eigentlich ganz andere Summen aufwenden müssten, um in jeder Hinsicht gewappnet zu sein. Er hat der Eidgenossenschaft das Zeugnis ausgestellt, dass sie im Militärwesen spart wie auf keinem andern Gebiet.

Auch in der Methode zur Verteidigung der Grenzen sind die Genossen immer negativ, die Armee wollen sie abschaffen, dem Völkerbund können sie nicht trauen (mit Recht!). Wie man sich verteidigen soll, das auszudenken überlassen sie andern Leuten. Der Fraktionschef *Dr. Schmid* verficht etwa die These: Abgerüstet oder nicht, in den nächsten Strudel werden wir hineingezogen und vernichtet. Also mit verschränkten Armen zusehen. (Solches Gejammer verstehen nicht einmal die engsten Parteigänger.) Besser sei immer noch abzurüsten, denn wenn wir vorangehen, so mache das einen guten Eindruck im Ausland und nur so werde man auch international vorwärts kommen. So sprechen die Leute, die sonst immer blutigen Hohn haben für die These, dass das Beispiel der Schweiz im Ausland zünden könnte. Damit haben sie zwar recht, sie richten damit eine gewisse hirtenknäbische Ueberheblichkeit. Sogar ein so feuriger Anhänger der Völkerbundspolitik wie *Bundesrat Motta* hat es aufgegeben, mit dem «Beispiel Schweiz» das Ausland beeinflussen zu wollen. Um die Armee zu untergraben kann man aber den Schwindel schon hie und da neu aufziehen.

Es war nicht anders möglich, als dass Genf gestreift wurde. Schneider dichtete der Armee neue, nämlich «politische», Funktionen an. Man wisse nun, dass das Heer ein Instrument des politischen Parteikampfes geworden sei, ein Instrument zur Niederwerfung der Arbeiterklasse, die Militärausgaben seien nichts anderes als die Versicherungsprämie zur Aufrechterhaltung des eigenen Klassenstaates, der bürgerlich-kapitalistischen Mehrheit, um anders gerichtete «politische Meinungen» zu unterdrücken. Der von Nicole mit moskowitischer Regie angezettelte Aufstand war also eine «andere politische Meinung», die man laut Verfassung respektieren und gewähren lassen muss! Es wurde reichlich in die von unwissenden ausländischen Journalisten vorgezeichnete Kerbe gehauen, nämlich dass man im Auslande bei Unruhen nicht Truppen einsetze, sondern Polizei. Ein schwei-

zerischer Parlamentarier muss jedoch wissen, dass wir keine Polizeimacht haben und die Bundesverfassung sehr deutlich die Armee als Werkzeug zur Aufrechterhaltung der innern Ordnung bezeichnet und deren Verwendung umschreibt.

Nach Schneider kam eine andere Tonart, die von *Graber*. Dieser alte Parlamentarier gehörte vor dem Kriege zu den unerträglichen ultraradikalen Extremisten. Er hat die gleiche politische Linie bewahrt, wird aber trotzdem heute vom gesamten Bürgertum zu den anständigen, gemässigten Elementen gezählt. Das ist ein schlagender Beweis für die Wandlung der Auffassungen. Es sind seither viel furibundere Leute links von Graber getreten, man hat sich auch an sie gewöhnt. Die Konzeptionen wandeln sich, das Bürgertum lässt sich allmählich, ohne es zu merken, die masslosesten Gesellen und Tendenzen vorsetzen, ohne etwas besonderes daran zu finden. Ist das nicht ein Symptom für Schläfrigkeit?

Graber betonte sofort die Friedensliebe seiner Partei. Er und die meisten Genossen (er betonte ausdrücklich die *meisten!*) seien bemüht, Explosionen zu verhindern. Er wollte sein Begehren ganz aus dem Blickfeld des Militärischen rücken und war sehr ungehalten, dass es in der Militärdebatte behandelt wurde, obschon es bei den Armeeausgaben für 1933 und 1934 je 30 Millionen abzwacken will. Es handle sich doch um eine Krisenmassnahme. Da setzte er ein und schilderte die Not, und zwar so, als ob die Betroffenen hungern müssten, dass sie es nicht verstünden, dass man 100 Millionen für die Armee ausgebe, für sie aber nicht Arbeit schaffe. Man müsse also der Armee ein Opfer zumuten, das erträglich sei, da es die Bereitschaft der Landesverteidigung nicht antaste. (!) Man müsse die Wirtschaft retten, d. h. das Land. Wenn dieses zusammenbreche, nütze es nichts, die Grenzen zu verteidigen. Es war ein Gemälde mit riesiger Uebertreibung, man hörte den Pleitegeier die Flügel schlagen. (Das gehört auch in die Propaganda der Stunde.) Man müsse die moralische Verfassung der Krisenbetroffenen intakt erhalten, sonst gebe es Explosionen. Er sagte nichts davon, dass in der Schweiz die Arbeitslosen z. B. 3—5 Mal höhere Taggelder beziehen als in Deutschland, dass sie absolut keinen Grund zum Revoluzzen haben, auch nicht daran denken, wenn sie von den «friedlichen» Führern nicht aufgepeitscht werden.

Die Grabersche Attake war etwas schlauer, d. h. sozialpolitisch verbrämt. Dass bei deren Durchführung auch der ganze Armeebetrieb zusammenfallen würde und man besser Streichung des ganzen Budgets beantragt hätte, ergibt sich von selbst. Aber vielleicht sind auch hier der Dummen viele, die es nicht merken.

Es kam dann wieder die Kehrseite der Medaille und der angesehene *Dr. Ullmann* aus dem Thurgau sprach ein väterliches

Mahnwort: «Sie täuschen sich über den wahren Geist, der im Volke gegenüber dem Militär herrscht, Sie täuschen sich über den Geist, der in der Truppe herrscht. Ich behaupte, dass die Militärfreudigkeit im Volke zugenommen hat. Ich behaupte, dass die jungen Leute mit vaterländischer Freude sich rekrutieren lassen. Ich behaupte, dass die Eltern froh und stolz sind, wenn die Söhne einrücken müssen. Ich glaube das auch von sozialistischen Eltern annehmen zu dürfen. Es gibt eben noch sehr viele Männer, die den Dienst für das Vaterland als schöne Bürgertugend ansehen. Im Volke wird das Militärwesen hochgehalten, als einer erzieherischen Schule. Das beweisen die vielen Jubelfeiern der Einheiten. Ich habe die absolute Ueberzeugung und bestimmte Meinung, dass mit dem Sturz des Wehrwesens auch die Eidgenossenschaft fällt.» Der Redner fügte das beschwörende Wort bei, man möge doch links die Nörgelei am Wehrwesen einstellen. So etwas verpufft natürlich unter einem mitleidigen Lächeln. Möge der Thurgauer mit seinem Glauben im übrigen auf der ganzen Linie recht behalten!

Der christlich-soziale Arbeitervertreter *Z'graggen* fügte den Worten des Vorredners einen schwachen Protest gegen die Ausdrucksweise der roten Presse (feldgraue Schandlumpen usw.) bei und verhöhnte dann den andern Basler, Schneider, der auch die Vorträge von Bundesrat Minger vor dem Volke angeführt hatte, wobei er den Chef des Militärdepartements als gefährlicher bezeichnete als alle andern Bundesräte, besonders Musy. Ganz offenkundig geht den Genossen die Art, mit der Minger die Landesverteidigung in Versammlungen vertritt, arg auf die Nerven. Darum auch der Versuch, ihn davon abzubringen, mit dem Vorhalt, es müsse wohl nicht gut stehen, dass der oberste Chef selbst in die Arena trete um die Wehrfreudigkeit zu stärken.

Der Eisenbahnerführer *Kägi* gehört zu jenen, die die Ehre der Offiziere antasten, um sie in den Augen des Volkes herunterzusetzen. Er verbrach den Satz: «Wir haben Dutzende von Beispielen, dass viele Offiziere, gerade weil sie Offiziere wurden, für ihren zivilen Beruf fast untauglich geworden sind!» Er fand es sodann für gut, Bundesrat Minger die Gewissensfrage vorzulegen, wie er sich verhielte, wenn einmal die Bauern statt die Arbeiter revoltieren würden. — Sodann hatte er einen scheinbar begründeten Sparantrag zu entwickeln, der vielen Leuten einleuchtet, das *Fallenlassen der Landwehr-Wiederholungskurse.* Dabei warf er sich mit Wonne auf die Aeusserungen von *Oberstdivisionär Frey.* Dieser mag daraus ersehen, wie klug es von einem Militär ist, dem Gegner Munition zuzuführen. Der Artikel kam gerade im «richtigen» Moment, nämlich vor den parlamentarischen Auseinandersetzungen über das Wehrbudget!

Es war sicher nicht die Absicht des Verfassers, den Genossen Wasser auf die Mühle zu leiten, seine Darlegungen entsprachen der persönlichen Ueberzeugung. Ein Truppenführer sollte aber auch Taktiker sein in der Hinsicht, dass er überlegt, wann und unter welchen Umständen er publizistisch hervortreten darf.

II.

Schliesslich kam die vom Bundesrat vorgeschlagene *teilweise Reform der Militärorganisation* zur Sprache, die vom luzernischen Militärdirektor *Dr. Walther,* Chef der katholisch-konservativen Gruppe, als Kommissionsreferent, empfohlen wurde. Es sprach sich keine Stimme gegen die als reine Sparmassnahme deklarierte Vorlage aus, hingegen kamen viel weitergehende Anträge. Walther hat einige militärisch bedeutsame Aeusserungen fallen lassen: «Man hat in militärischen Kreisen an die neue Organisation von 1907 grosse Hoffnungen geknüpft. Anderseits hatte man in weiten Volkskreisen namentlich an der Ausdehnung der Ausbildungszeiten, an den alljährlichen Wiederholungskursen Anstoss genommen. Die Gegner und Zweifler an dieser neuen Organisation haben in der Folge nicht recht bekommen. Die Militärorganisation von 1907 hat alle an sie gestellten Erwartungen erfüllt. Das Jahr 1914 brachte die Probe auf das Exempel. Der wuchtige Aufmarsch unserer Armee, die tadellose Mobilmachung bedeuteten die Ernte für die Saat von 1907.» Der Redner betonte, dass die Revision heute absolut nicht dringlich sei, und dass man nur aus zwingenden Gründen die vorliegenden Sparmassnahmen gutheissen könne (Dispens des Jahrganges 1905 vom W. K. 1933, Abschaffung der Rationspferde, Einschränkung des Inspektionswesens). *Er verschwieg auch nicht die Bedenken,* die man gegen die Vorschläge haben könne und bezeichnete die Eingabe der schweizerischen Offiziersgesellschaft als durchaus begründet. Psychologisch sei ein Eingriff heute unter Umständen verfehlt, denn er könnte Weiterungen rufen. Doch wolle man nicht rütteln lassen am Ausbildungsstand und stimme dem Bundesrat zu, weil dieser einzig und allein das Sparmotiv in die Diskussion werfe. Dieses überwiege die Bedenken sachlicher Art.

Eine weitere wichtige AeusserungWalthers ist die folgende, die er gestützt auf seine 40jährige Erfahrung als Militärdirektor tat und welche einen wunden Punkt in unserem Wehrwesen berührt: «*Vielleicht ist man vom Standpunkt der Kriegsbereitschaft aus im Sparen bereits in gewissen Richtungen etwas zu weit gegangen, indem man aus Sparrücksichten an den Reserven einen eigentlichen Raubbau vollzogen hat.* — 1914 hatte ich die Beruhigung, dass das, was an Reserven vorlag, allen Anforderungen genügen dürfte. Ich bin überzeugt, wenn heute ein gleicher

Fall eintreten sollte, dass wohl kein kantonaler Militärdirektor mit dieser Beruhigung aus seinen Magazinen weggehen würde.» Das ist eine bittere Feststellung. Von ausserordentlicher Wichtigkeit ist, dass ein kantonaler Militärdirektor und eidgenössischer Volksvertreter sie vor dem ganzen Lande beleuchtete. Caveant consules!

Es war natürlich gegeben, dass die Sozialisten ganz anders an den Militärlasten sparen wollten als die bürgerliche Stümperei. Und so schickten sie ihren Genossen *Surbeck* als vierten ins Feuer, um zu zeigen, wie der Bund eigentlich Geld verschleudert. Der Typograph Surbeck musste sich als routinierter Fachmann gebärden, und wo seine eigenen Kenntnisse ihm selbst zu wenig überzeugend erschienen. griff er eben auf Oberstdivisionär Frey. Materiell ist der Antrag und dessen Begründung vollkommen belanglos. Er tischte die längst widerlegte Mär auf, die Schweiz hätte die höchsten Militärausgaben von ganz Europa. Sodann versuchte er wiederum die «organisierten Offiziere» als eine volksfremde Gewerkschaft oder vielmehr als Kaste hinzustellen, welche die Ausgaben für ihre persönlichen Liebhabereien verlangen. Man könnte diese daher füglich beschneiden und so 20—30 Millionen einsparen, besonders durch die Abschaffung der «überlebten» Kavallerie, Verkürzung der Ausbildungszeiten, Abhaltung der Wiederholiger nur alle 2—3 Jahre, ebenso der Waffen- und Ausrüstungsinspektionen usw.

Zur Festigung seines Standpunktes holte Surbeck bürgerliche Kronzeugen heran. Es war vor sieben Jahren, da ging auch das geflügelte Wort vom Abbau der Militärausgaben im Lande um. Das sei absolut nötig und auch gut möglich (ein sonderbarer Kontrast zu der Aeusserung Walthers über die erschöpften Reserven). Der Widerhall drang in die eidgenössischen Ratssäle und fand dort willige Interpreten. Der katholisch-konservative *Balestra beantragte* im Dezember 1925: «Auf den Voranschlag für 1926 wird nur eingetreten unter der Bedingung, dass die Militärausgaben für 1926 auf den Betrag von 85 Millionen zurückgeführt werden.» Der Katholisch - Konservative *Nietlispach* sagte: «Es ist meines Erachtens eine Sache der Unmöglichkeit, im gegenwärtigen Zeitpunkt die Militärausgaben über 85 Millionen hinaus zu erhöhen.» Und der oben erwähnte *Dr. Walther* brachte eine *Motion* ein: «Auf den Voranschlag von 1926 wird eingetreten unter der Voraussetzung, dass die Militärausgaben gemäss den Darlegungen der Finanzkommission auf den Höchstbetrag von 85 Millionen zurückgeführt werden, wobei die Ausgaben für die Landwehrwiederholungskurse im Voranschlag für 1926 zu streichen sind.»

Schliesslich wurde dann mit 131 gegen 52 Stimmen folgender *Antrag der nationalrätlichen Finanzkommission angenommen:*

«Auf die Beratung des Voranschlages für 1926 wird eingetreten. Der Bundesrat wird eingeladen, gemäss den Erklärungen des Vorstehers des Militärdepartementes die Frage zu prüfen, wie durch Aenderung am Gesetz und durch andere Massnahmen eine Entlastung des Militärbudgets herbeigeführt werden kann, und zwar so, dass im Voranschlag für 1926 die Kredite des ordentlichen Militärbudgets die Summe von 85 Millionen nicht übersteigen und dass für spätere weitere Einsparungen das Parlament vermehrte Bewegungsfreiheit verlangt.»

Der Bauernführer *Gnägi* erklärte: «Nach meinem Dafürhalten kann eine Auffassung, es sei nun der Moment gekommen, vom Abbau bei den Militärrüstungen zu sprechen, in aller Ernsthaftigkeit diskutiert und mit guten Gründen und gutem Gewissen vertreten werden. Unser Militärbudget muss auf ungefähr 80 Millionen reduziert werden. Finanzielle, aber auch andere Gründe verlangen die Reduktion gebieterisch.»

Das sind einige Kernsprüche aus der damaligen Zeit. Surbeck konnte mit Recht den Bürgerlichen vorhalten, dass sie nun ihr eigenes Sparprogramm verleugnen. In der Zeit, da die eidgenössischen Finanzen auf dem aufsteigenden Ast waren, wollte man auf 85 Millionen und darunter gehen. Heute, mitten in der schwersten Krise und angesichts der innerpolitischen und internationalen Lage, muss man sich zu über 90 Millionen bequemen und dazu noch feststellen, dass es hinsichtlich der materiellen Rüstung so nicht weiter gehen dürfe. Bundesrat Scheurer wehrte sich vor 7 Jahren gegen die Festnagelung seines Etats auf eine bestimmte Summe. Aber man hatte ihm die Pistole auf die Brust gesetzt, er sparte, was ihm von Haus aus durchaus lag, sparte so lange, bis er es nicht mehr verantworten konnte vor sich selbst. Auf seinem Krankenlager noch hat er schwer gelitten unter dem Bewusstsein, hinsichtlich der Materialreserven weit unter das zulässige Mass gegangen zu sein. Die parlamentarischen Forderungen waren damals ohne jede Ueberprüfung der Sachlage, rein gefühlsmässig, vom Schlagwort des Sparens eingegeben, erhoben worden. Man war ein guter Bürger, wenn man nach Abbau der Armeeausgaben rief. Es war *unsachliche Opportunitätspolitik* reinsten Wassers, die da getrieben wurde. Und sie rächt sich nun, wie jede unsachliche Haltung. Der Gegner dreht einen Strick daraus. Die bürgerliche Parlamentsmehrheit musste ihren damaligen Standpunkt unter den wuchtigen Keulenschlägen der rauhen Wirklichkeit aufgeben. Nehmen wir an, das Bibelwort von dem einen Bekehrten und den 99 Gerechten finde auch hier Anwendung.

Es war *Bundesrat Minger* vorbehalten, den Wust der Anträge und Bemerkungen zu sichten und zu beantworten. Er tat das in seiner klaren, logischen, volkstümlichen Art, welche die Begriffe

auf einfachste Formeln bringt, die sowohl im Parlament wie im Volke draussen die Geister und die Herzen zwingt. Gegenüber Schneider, der behauptet hatte, die Mehrheit des Volkes stehe heute nicht mehr zum Wehrwesen, betonte der bundesrätliche Sprecher, man möge doch, wenn man dessen sicher sei, die Initiative auf Unterdrückung der Armee lancieren, man bekomme dann die richtige Antwort. Es würde dann allerdings so herauskommen, wie Nationalrat *Nobs* schrieb, dass sie, die Initianten nämlich, die Lackierten und Blamierten sein würden.

Der Ruf nach Sparen ist dem Chef des Militärwesens natürlich wohlbekannt. Er antwortete darauf ungefähr folgendermassen: Unser Volk will eine Armee, aber es kritisiert die hohen Kosten. Ich gebe zu, dass die Meinung besteht, man könne mit Abstrichen ziemlich weit gehen. Sie herrscht tief bis in die parlamentarischen Kreise hinein; man behauptet, beim Militär wären grosse Ersparnisse möglich, wenn nur der gute Wille beim eidgenössischen Militärdepartement vorhanden wäre. An diesem fehle es und das komme daher, weil im Departement die Obersten regieren, und diesen eingefleischten Militaristen könne man überhaupt nie genügend Mittel zur Verfügung stellen. Das ist nicht ganz so, im Militärdepartement regieren nicht die Obersten, sondern die Gesetze, die vom Volke selbst aufgestellt worden sind. Der Bundesrat und *Sie* haben sich auf Eid und Gewissen verpflichtet, diese Gesetze zu respektieren. — Wäre es nicht denkbar, dass in der Militärverwaltung etwas zu sehr mit der grossen Kelle angerichtet wird? Um diese Frage abzuklären, hat der Bundesrat in Ihrem Auftrag die *Sparkommission* eingesetzt. Diese hat den ganzen Militärapparat und alle Verwaltungen gründlich untersucht. Sie hat uns verschiedene Ideen und Vorschläge für Ersparnisse eingereicht, die zum guten Teil im Budget für 1933 schon verwirklicht sind. Die Kommission hat festgestellt, dass im Militärdepartement gespart wird. Dieses darf sich auf diesem Gebiet neben jedem andern sehen lassen. *Die Kommission hat sogar festgestellt, dass auf einzelnen Gebieten allzu stark gespart worden ist, dass die Reserven zurückgegangen sind und deshalb wieder geäufnet werden müssen.* Wesentliche Einsparungen innerhalb der heutigen Wehrordnung sind nach der Auffassung der geschlossenen Kommission, in der auch die sozialistische Partei vertreten ist, nicht möglich. Sie kommt zum Schluss, dass, wenn die eidgenössischen Räte und das Volk den Drang verspüren, unter allen Umständen am Militär Millionen einzusparen, das nur durch die Aenderung der gesetzlichen Grundlagen möglich ist. Sollen wir den Weg der Aenderung beschreiten? Der Bundesrat hat in Uebereinstimmung mit der Landesverteidigungskommission in diesem Sinne beschlossen, allein nicht bloss aus Gründen des Sparens, sondern auch um das

ganze Wehrwesen den Lehren des Weltkrieges und den veränderten Verhältnissen anzupassen. Dabei ist der Grundsatz aufgestellt, dass durch die Reorganisation der Kriegsbereitschaft und die Tüchtigkeit unserer Armee keine Schwächung erfahren dürfen. Man will versuchen, das wichtige Problem zu lösen nach der *Devise: Billiger und besser!* Das ist keine leichte Aufgabe, weil wir darin einig sind, dass an der allgemeinen Wehrpflicht nichts geändert werden soll. Wenn eben ein Söldnerheer für unser Volk nicht passt, so ist die Marschroute gegeben. Da haben wir alle tauglichen Rekruten auszubilden und auszurüsten. Diese kommen in die Wiederholungskurse und die Höhe der Bestände ist bestimmend für die Höhe der Militärausgaben. Man könnte sagen, man solle strenger rekrutieren. Aber die allgemeine Wehrpflicht ist nicht nur eine Pflicht, sondern auch ein Recht. Die Verkürzung der Ausbildungszeit scheint mir ausgeschlossen. Mit unserer Dienstzeit stehen wir an zweitletzter Stelle aller europäischen Staaten. Dänemark, das man immer als abgerüstet hinstellt, obschon noch keine Beschlüsse gefasst worden sind, kommt vor uns. — In der Bewaffnung sind wir gegenüber den andern Staaten in den letzten Jahren stark in Rückstand gekommen. Wir sind in der glücklichen Lage, nicht über grosse Angriffswaffen verfügen zu müssen. Was wir haben müssen, sind Verteidigungsmittel: möglichst viele Maschinengewehre, schwere Infanteriewaffen, wie Minenwerfer und Bataillonsgeschütze, damit wir im Falle eines Angriffes die Tanks bekämpfen können. Hier besteht noch eine Lücke, die in absehbarer Zeit ausgefüllt werden muss. — Ich glaube, dass es uns gelingen wird, durch die Reorganisation etwelche Einsparungen zu erzielen. Aber Illusionen dürfen und wollen wir uns nicht hingeben, denn wenn wir eine kriegstüchtige Armee haben wollen, wird sie Geld kosten, ob wir eine neue oder die heutige Organisation haben.

Der Redner rechnete dann mit den sozialistischen Widersprüchen ab, die teils einen Krieg nahe sehen, teils ihn als unmöglich erklären, die teilweise auf den Völkerbund abstellen, ihn wieder verhöhnen, ja sogar auf die Vorsehung bauen (nett von Atheisten!). «Die Theorie der einseitigen Abrüstung der Schweiz steht mit dem Selbsterhaltungstrieb des Menschen in krassem Widerspruch. Bisher war es doch immer so, dass, je grösser die Gefahr, desto grösser auch die Anstrengungen der Menschen, dieser Gefahr zu begegnen. — In der Schweiz soll man mit verschränkten Armen zuwarten, bis jemand kommt, um uns zu vernichten. Ich bin überzeugt, dass die grosse Mehrheit des Volkes ganz anders denkt. Einer solchen Theorie der Führer wird auch die Arbeiterschaft die Gefolgschaft versagen. Sie können ganz sicher sein, dass unser Volk, die Arbeiter eingeschlossen, niemals gewillt ist, unser Land und unsere Freiheit preiszugeben und sich

der Gnade oder Ungnade irgend einer Grossmacht auszuliefern. Wenn Sie das glauben, so sind Sie falsch berichtet. Wir können daher auf unsere Armee unmöglich verzichten.»

Der Sprechende lehnte dann den Vorwurf, diese sei ein Klasseninstrument, entschieden zurück, sie sei keineswegs gegen die Arbeiter gerichtet. «Die Hauptaufgabe unserer Armee bleibt die Sicherung unseres Landes nach aussen. Das hat mit Parteipolitik nichts zu tun. Erst in zweiter Linie fällt ihr die Aufgabe zu, im Innern des Landes für Ordnung zu sorgen. Wenn sie das tut, so richtet sich ihre Tätigkeit gegen keine Partei und gegen keine wirtschaftliche Gruppe, sondern einzig gegen die Ruhestörer, gleichgültig wer diese sein mögen. Wer gegen die Ordnung verstösst, der muss, wenn es nicht anders geht, gewaltsam wieder zur Vernunft gebracht werden. — Die Mehrheit des Volkes wird nie zugeben, dass sie das Regiment irgend einer Diktatur, gleichgültig welcher Art, überlässt.»

Bezüglich der internationalen Lage sagte Bundesrat Minger: «Angesichts solcher Zustände wäre es vermessen, wenn wir in unserem Lande gestützt auf den Völkerbund und die Abrüstungskonferenz als einziges Land den andern in der Abrüstung mit dem guten Beispiel vorangehen wollten. Unsere beste Friedensgarantie liegt in der Armee, in welche unsere Nachbarn das felsenfeste Vertrauen haben können, dass sie stark genug und gewillt ist, unter allen Umständen und gegen jeden Angreifer die Neutralität aus eigener Kraft zu verteidigen. Wenn dieses Vertrauen bei unsern Nachbarn vorhanden ist, dann ist das die beste Gewähr, dass auch in einem zukünftigen europäischen Kriege unser Land nicht in den Krieg hineingezogen wird. Wenn wir nachlassen auf dem Gebiete der Ausbildung und Ausrüstung unserer Armee, dann schwindet allmählich das Vertrauen, und die Gefahr eines Krieges steigert sich in gleichem Masse. — Die Hauptaufgabe ist die, den Krieg ohne Blutvergiessen von unserem Lande fernzuhalten. Das ist 1870/71 und 1914/18 gelungen. Wenn das in Zukunft gelingt, so sind unsere Militärausgaben das weitaus bestangelegte Kapital. — Es darf nicht vergessen werden, dass, wenn wir infolge der Krisensorgen in unserer Abrüstung zu weit gingen und wir deshalb später in einen europäischen Krieg verwickelt würden, die heutige Krise nur ein Kinderspiel bedeuten müsste gegenüber dem Jammer und Elend, das ein Krieg brächte. — Aber wir waren uns beim Militärdepartement klar, dass wir im Hinblick auf die Wirtschaftskrisis alles tun müssen, um die Militärausgaben bis an die unterste Grenze des Erlaubten zurückzuschrauben. Wir haben in dieser Hinsicht jeden einzelnen Posten scharf kontrolliert. Dabei blieb es uns nicht erspart, Eingriffe in bewährte Traditionen zu machen (z. B. Verlegung der Kavallerierekrutenschule von Bern nach Aarau).»

Der Redner resümierte dann alle die vorgenommenen Einsparungen, die gegenüber 1930 volle 6,2 Millionen an Minderausgaben ausmachen. «Wir waren schliesslich darauf stolz, dieses Resultat herausgebracht zu haben, und erwarteten jedenfalls nicht Tadel, wie er von sozialdemokratischer Seite ausgeteilt worden ist.»

Auf die *Gewissensforschung* von *Kägi* erteilte Bundesrat Minger die seiner Art entsprechende forsche unverdächtige Antwort, die eines Staatsmannes, der über den Parteien steht würdig ist: «Indessen, so lange der Bund seine Pflicht tut, ist es auch Pflicht der Parteien, bezw. der Parteiführer, die Volksmassen zu beruhigen. Es ist gleichgültig, welcher Richtung die Führer angehören. Denn mit einer Revolution werden die Verhältnisse nicht besser. Sollte es wirklich einmal zu Bauernunruhen kommen, so wäre das für mich ein banger Moment, aber meine Pflicht würde ich deshalb nicht vernachlässigen, denn Ordnung muss herrschen in einem Staate.»

Schliesslich lehnte der Chef des Militärdepartements es entschieden ab, auf die *Landwehrwiederholungskurse* zu verzichten. Die Ausbildung der Reserven dürfe nicht vernachlässigt werden, denn dies würde eine Schwächung der Wehrkraft bedeuten. Auch in der italienischen und der französischen Legislative sind Anträge in dieser Richtung abgelehnt worden. Nach dem Kriege durfte man sich die Sistierung, gestützt auf die Vollmachten, rechtlich leisten, materiell wegen des guten Ausbildungsstandes der Truppen. Die heutigen Leute kennen das leichte Maschinengewehr nicht und auch nicht das neue Kampfverfahren. Es ist daher Zeit, dass man sie damit vertraut macht, wenn die Landwehr ihren Wert *beibehalten* soll.

Eine kritische Beleuchtung der *Satusdebatte* und der *Genfer Unruhen* gehört nicht in den Rahmen unserer Betrachtung, obschon gerade die letztern eine militärische Seite haben, die aber durch den Chef des zuständigen Departements genügend gewürdigt worden ist. Es bleibt übrig festzuhalten, dass die Unterminierung der Armee durch antimilitaristische und kommunistische Umtriebe doch gewisse Dimensionen angenommen hat und dass es Zeit ist, energisch einzuschreiten. Bundesrat Minger hat dies in Aussicht gestellt und es heisst abwarten, was die Landesregierung vorzukehren gedenkt. Aber so wie heute die Hetze betrieben wird, kann es nicht weiter gehen. Man kann schon sagen, unser nüchtern denkendes Volk werde nicht angefressen von der revolutionären Propaganda. Viele Volksgenossen sind doch mehr oder weniger nicht urteilsfähig und erliegen schliesslich der ständigen Bearbeitung. Sie haben auch die Folgen zu tragen, nicht die Verführer (s. Dienstverweigerer). Man muss

daher diese leichtgläubigen Leute vor der eigenen Schwäche schützen und die verantwortungslosen Wühler fest beim Wickel nehmen. Dazu braucht es neue gesetzliche Handhaben. Her damit!

Militärische Bemerkungen zum Berichte des eidg. Militärdepartementes über die Verwendung von Truppen bei den Vorfällen vom 9. November 1932 in Genf.

(-r.) Grosse Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Als einen derartigen Schattenstreifen mag man auch die Genfer Ereignisse im November 1932 betrachten. Die bedauerlichen Vorkommnisse sind zweifellos einer der Ringe in der Kette eines schon vor langer Zeit vorbereiteten internationalen Attentates auf die heutige Wirtschaftsordnung; die inneren Zusammenhänge der Unruhen in den verschiedenen Ländern sind nicht zu verkennen und zahlreiche Anzeichen deuten mit absoluter Sicherheit darauf hin, dass dies erst die Anfänge weiterer revolutionärer Erscheinungen sind, die vermutlich in diesem Frühjahr ihre Fortsetzung auch in der Schweiz finden sollen. Seit dem November 1918 befinden wir uns in einer Welle revolutionärer Bewegungen, die ein Analogon in den Bewegungen vor 100 Jahren in allen Ländern findet und in ähnlicher Weise sich am Schlusse des Mittelalters, vor ungefähr 400 Jahren, insbesondere in Deutschland, aber auch in andern Ländern zeigte.

Grund genug, dass Staat und Behörde, wie die staatstreu gesinnte Bürgerschaft, die Augen offen behalten und endlich einsehen, dass die Zeiten so ernst sind, dass ein enger Zusammenschluss stattfinden muss. Selbst einem so friedfertigen pazifistischen Schriftsteller wie Konrad Falke hat der Bericht des Militärdepartementes, und das ist vielleicht einer der wesentlichen Punkte in dieser nüchternen Sachlichkeit, die Augen geöffnet, so dass er im Abendblatt der Zürcher Zeitung vom 3. Februar einen flammenden Protest gegen die Urheber der Genfer Ereignisse, selbst gegen die Beschimpfung der Armee erhebt.

Aber auch vom militärischen Standpunkte aus ist dieser Bericht von grosser Bedeutung, weil er uns neuerdings deutlich zeigt, wie dringend die in Nr. 12 dieser Zeitung 1932 gemachte Forderung ist, dass die Truppe mit dem Verhalten bei derartigen unerfreulichen Vorkommnissen vertraut gemacht wird und den Offizieren zum mindesten in genügender Weise Unterricht über das taktische Verhalten bei Unruhen erteilt wird. Es sei ferne von uns, irgendwelche Kritik an den Anordnungen der in Genf für die Ruhe verantwortlichen Truppenkommandanten